

Teuerungsrate erneut höher

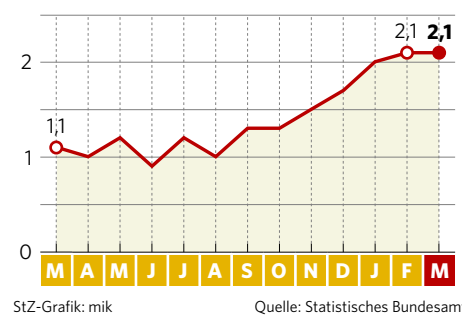
Kaufkraft Die Verbraucherpreise klettern im März um 2,1 Prozent gegenüber dem Vorjahresmonat.

Steigende Energiekosten haben die Inflationsrate im März auf dem höchsten Stand seit knapp zweieinhalb Jahren gehalten. Die Verbraucherpreise kletterten wie schon im Februar um 2,1 Prozent zum Vorjahresmonat, bestätigte das Statistische Bundesamt seine erste Schätzung. Schneller waren sie zuletzt im Oktober 2008 mit 2,4 Prozent gestiegen. Die Europäische Zentralbank (EZB) spricht nur bei Teuerungsraten von knapp unter zwei Prozent von stabilen Preisen. Im Kampf gegen die Inflation hatte sie am Donnerstag die Zinsen angehoben, zum ersten Mal seit fast drei Jahren.

Verglichen mit Februar zogen die Preise um 0,5 Prozent an. Weil vor allem häufig gekaufte Waren wie Benzin und Lebensmittel spürbar teurer geworden sind, liegt die gefühlte Inflation um ein Vielfaches höher. „Für März erwarten wir einen Wert deutlich über fünf Prozent“, sagte der Statistiker Hans Wolfgang Brachinger von der Universität Fribourg. Das schlägt auch auf die Kaufkraft der Verbraucher durch: Das von der Nürnberger GfK-Forschung ermittelte Konsumklima sank im April zum ersten Mal seit zehn Monaten, obwohl die Arbeitslosigkeit stark gesunken ist. Viele Beschäftigten drohen wegen der starken Teuerung Kaufkraftverluste. Die führenden Wirtschaftsinstitute sagen in ihrem Frühjahrsgutachten für 2011 eine Inflationsrate von 2,4 Prozent voraus. Einen stärkeren Anstieg hat es in den vergangenen 15 Jahren nur 2008 mit 2,6 Prozent gegeben. Die 20 Millionen Rentner beispielsweise bekommen nur ein Prozent mehr Geld und verlieren damit merklich an Kaufkraft. rtr

STEIGENDE VERBRAUCHERPREISE

Veränderung gegenüber dem Vorjahresmonat
Angaben in Prozent



STZ-Grafik: mik Quelle: Statistisches Bundesamt

„Konjunktur kühlt sich ab“

DIW-Prognose Die Forscher erwarten für 2012 nur noch ein Wachstum von 1,4 Prozent.

Ein weiteres starkes Jahr, dann deutliche Abkühlung: das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) erwartet 2011 für Deutschland 2,7 Prozent mehr Wirtschaftsleistung. 2012 werde sich das Wachstum jedoch auf 1,4 Prozent halbieren, so die DIW-Prognose. Zur Begründung hieß es, dass die Exporte und Importe im kommenden Jahr „in etwa mit dem gleichen Tempo wachsen, so dass vom Außenhandel keine nennenswerten Wachstumsbeiträge zu erwarten sind“. Die Berliner Konjunkturexperten sind damit pessimistischer als die anderen großen Forschungsinstitute, die in ihrem Frühjahrsgutachten für die Bundesregierung vergangene Woche 2,8 Prozent Wachstum für 2011 und 2,0 Prozent für 2012 vorhergesagt hatten.

„Der Aufschwung bückt zwar an Schwung ein, steht aber auf einer soliden Grundlage“, stellte der DIW-Leiter Konjunkturpolitik, Ferdinand Fichtner, in Berlin fest. „Vor allem die inländische Nachfrage trägt mehr und mehr zum Wachstum bei.“ Das DIW rechnet in diesem Jahr mit einem Rückgang der durchschnittlichen Arbeitslosenzahl um knapp 200 000 auf 3,05 Millionen. Das entspräche einer Quote von 7,2 Prozent nach 7,7 Prozent 2010. Bei erwarteten Lohnsteigerungen von bis zu drei Prozent wachse 2012 das Risiko einer Lohn-Preis-Spirale. Dennoch dürfte die Inflationsrate nach 2,2 Prozent in diesem auf 2,0 Prozent im nächsten Jahr zurückgehen, „sofern sich die Spannungen auf den Rohstoffmärkten nicht merklich verschärfen“, heißt es in der DIW-Analyse. dpa

Kontakt

Wirtschaftsredaktion
Telefon: 07 11/72 05-12 11
E-Mail: wirtschaft@stz.zgs.de

Kauder zweifelt an der Zukunft von E10

Biosprit Unionspolitiker streiten über die Perspektiven des neuen Superbenzins. Der ADAC wirft den Konzernen Abzocke vor.

Das verwirrende Hin und Her beim Biosprit E10 hat jetzt auch die politische Führung in Berlin erfasst. Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) erklärte am Dienstag, die Bundesregierung halte trotz des Chaos bei der Einführung von E10 an dem neuen Superbenzin mit einem zehnpromzentigen Ethanolanteil fest. Der neue Kraftstoff sei politisch gewollt, sagte Ramsauer.

Dagegen sagte Unions-Fraktionschef Volker Kauder (CDU) laut „Bild“-Zeitung: „Ich glaube nicht, dass sich E10 am Markt halten wird. Die Verbraucher haben entschieden. In vielen Ländern hungern Menschen, da gehört Weizen nicht in den Tank.“ Die CDU-Bundestagsabgeordnete Mechthild Heil forderte staatliche Benzinpreiskontrollen. „Wir prüfen die Einführung einer österreichischen Lösung. Dort darf der Kraftstoffpreis immer gesenkt, aber nur einmal am Tag erhöht werden“, sagte die Verbraucherpolitikerin laut „Rheinischer Post“. Die beiden größten deutschen Tankstellenkonzerne Aral und Shell hatten angekündigt, dass sie das alte Super mit der Bezeichnung E5 wieder an allen ihren mehr als 4000 Tankstellen anbieten werden. Die Mineralölindustrie hatte Superbenzin E10 zu Jahresbeginn eingeführt, weil die Bundesregierung höhere Beiträge des Autoverkehrs zum Klimaschutz fordert. Super E10 besteht zu 10 Prozent aus Ethanol, das aus Weizen und Zuckerrüben hergestellt wird. Bei Super E5 sind es nur bis zu fünf Prozent. Viele Autofahrer sorgen sich, dass ihr Wagen E10 nicht verträgt. Die Autohersteller hatten mehr als 90 Prozent aller Autos E10-Verträglichkeit bescheinigt. Nach ei-

Das einfache Super kostet so viel wie Super Plus.



An den Zapfsäulen herrscht heute bisweilen Verwirrung, was aus dem Schlauch kommt.

Foto: dpa

ner bundesweiten Stichprobe der „Bild“-Zeitung wird das alte Super mit fünf Prozent Ethanol und 95 Oktan an manchen Zapfsäulen zum gleichen Preis angeboten wie das hochwertigere Super Plus (98 Oktan). Der Automobilclub ADAC wirft den Unternehmen Abzocke vor. „Das ist der dreiste Versuch, den Autofahrern das Geld aus der Tasche zu ziehen. So kann es eigentlich nicht weitergehen“, sagte ein ADAC-Sprecher.

Verkehrsminister Ramsauer appellierte an die Branche, den Verbrauchern das neue Produkt E10 besser zu erklären. Die bisherigen Versuche der Mineralöl-

wirtschaft seien „plump und unbeholfen“ gewesen. Er gehe davon aus, dass das Bundeskartellamt „sehr genau beobachtet, was die Konzerne da treiben“, zumal der Osterverkehr sehr gern genutzt werde, um die Benzinpreise noch mal in die Höhe zu treiben, sagte der Minister.

Der Mineralölwirtschaftsverband veröffentlichte dagegen eine Umfrage, wonach 75 Prozent der Autofahrer wissen, ob ihr Motor E10 verträgt oder nicht. Dennoch hätten sich nur 22 Prozent der Autofahrer beim letzten Tanken für E10 entschieden, 78 Prozent tankten Super E5 oder Super Plus E5. ddp/dpa

TANKEN IM AUSLAND

Polen Wer auf der Fahrt in die Ferien im Ausland tankt, kann bisweilen Geld sparen. Lohnenswert ist der Tankstellenstopp laut ADAC in Österreich, wo Super und Diesel jeweils rund 1,35 Euro kosten. In Slowenien und Kroatien gibt es Superbenzin für 1,29 Euro und 1,30 Euro. Für Diesel werden jeweils 1,24 Euro berechnet.

Durchschnitt Der europäische Schnitt liegt derzeit bei 1,44 Euro für Super und 1,37 Euro für Diesel, so der Automobilclub von Deutschland (AvD). dpa

„Die Produktion von Biokraftstoff hat negative Folgen“

Ethikbericht Ein unabhängiges Gremium verlangt ein Umdenken bei der Herstellung von Alternativen zur Öl und Gas. Von Meike Srowig

Sie galten mal als die perfekte Lösung, als man nach Alternativen zu fossilen Brennstoffen suchte. Hergestellt aus Palmöl, Zuckerrohr oder auch Raps sollten Biokraftstoffe der Kraftstoff der Zukunft werden. Doch nun wird immer klarer, dass die Alternative selbst große Probleme mit sich bringt. In London stellt heute der renommierte „Nuffield Council on Bioethics“ einen Bericht über die ethischen Konsequenzen bei der Produktion von Biokraftstoffen vor. Das unabhängige Gremium hat in den vergangenen 18 Monaten alle Fragen von Klima-

über Arbeitsbedingungen bis hin zu Lebensmittelpreisen erörtert und kommt zu dem Ergebnis, dass die augenblickliche Produktion von Biokraftstoffen zu großen Teilen unter unethischen Bedingungen stattfindet. „Es führt vor allem in den Entwicklungsländern zu massiven Problemen wie Waldrodung, aber auch unethischen Arbeitsbedingungen“, sagt Joyce Tait, Professorin an der University of Edinburgh und gleichzeitig Vorsitzende der Arbeitsgruppe.

Einen Teil der Schuld sieht der Bericht in der so schnell gestiegenen Nachfrage

von Biokraftstoffen in den vergangenen Jahren. Eine Tendenz, die weitergehen wird. So sollen beispielsweise nach der Erneuerbaren-Energien-Richtlinie der EU bis 2020 rund zehn Prozent der Kraftstoffe Biokraftstoffe sein. „Viele Unternehmen sind wegen der größeren Nachfrage bereits in Länder gegangen sind, in denen Klimaschutz und Arbeitsrechte laxer gehandhabt werden“, sagt Ottoline Leyser, Professorin an der Cambridge University. Die Autoren schlagen vor, bei der Produktion von Biokraftstoffen in Zukunft fünf ethische Bedingungen einzuhalten: Die Menschenrechte sollen geachtet werden, es soll nachhaltig produziert werden, Treibhausgase sollen reduziert werden, Fair-trade-Prinzipien sollen beachtet werden und Kosten und Nutzen

sollen sorgfältig abgewogen werden. Um diese Ziele umzusetzen, sieht der Bericht die EU und auch die Vereinten Nationen in der Pflicht. „Wir müssen sicherstellen, dass diese Prinzipien bindend werden, und das können nur solche Organisationen machen, die uns auch bereits Interesse signalisiert haben“, so Alena Buyx vom Nuffield Council. Wie es genau aussehen soll, das ist allerdings noch unklar.

Viel erhoffen sich die Autoren auch von den Biokraftstoffen der zweiten Generation. Dazu zählen Algen, aber auch Cellulose-Ethanol, das sich aus Pflanzenresten wie Stroh oder Holz gewinnen lässt. Sollten aber alle geforderten Bedingungen eingehalten werden, dann wäre es geradezu unethisch, nicht auf Biokraftstoffe in Zukunft zu setzen, sagt Tait.

EnBW wegen Betriebsrenten verklagt

Prozess Frühere Mitarbeiter der Neckarwerke wehren sich gegen Abstriche im Zuge eines Sparprogramms. Von Andreas Müller

Das Sparprogramm des früheren EnBW-Chefs Utz Claassen beschäftigt weiterhin die Arbeitsgerichte. Fast 30 Mitarbeiter des Karlsruher Energiekonzerns, die im Kraftwerk Walheim beschäftigt sind, klagen derzeit gegen Abstriche bei ihrer Betriebsrente. Sie pochen auf ihre Ansprüche aus einer von 1997 stammenden Betriebsvereinbarung der Neckarwerke Stuttgart, die später in der EnBW aufgegangen sind. Die EnBW hält die Kürzungen dagegen für rechtmäßig.

Hintergrund des Verfahrens, bei dem es gestern einen Gutetermin vor dem Arbeitsgericht Stuttgart gab, ist das von Claassen aufgelegte Sparprogramm „Topfit“. Die EnBW sollte damit in den Jahren 2003 bis

2006 insgesamt eine Milliarde Euro sparen, um ihre Eigenkapitalquote zu verbessern. Sparmaßnahmen beim Personal sollten 350 Millionen Euro bringen, davon entfielen zehn Millionen Euro auf die Abstriche bei den Betriebsrenten. Die neuen Regeln wurden in einer Betriebsvereinbarung der EnBW Kraftwerke AG vom Spätjahr 2004 fixiert, über die jetzt gestritten wird.

Der Anwalt der EnBW-Mitarbeiter, Uwe Melzer, hält die Neuordnung für einen Verstoß gegen den Vertrauensschutz. Sie bedeute einen Eingriff in bereits erworbene Ansprüche. Die dafür notwendigen Voraussetzungen hätten nicht vorgelegen. Laut Melzer war „Topfit“ kein wirkliches Sanierungsprogramm, sondern habe dazu ge-

dient, kurz- und mittelfristig die Gewinne zu steigern. Das zur Begründung angeführte geminderte Eigenkapital sei keine Folge gesunkener Ertragskraft gewesen. Vielmehr sei es auf eine bilanzielle Neubewertung von Beteiligungen wie Salamander zurückzuführen gewesen. Mithin gebe es keine Gründe, die das Interesse der Kläger überwiegen könnten, die ursprüngliche Zusage aufrechtzuhalten.

Der Rechtsvertreter der EnBW, Gernot Falter, widersprach dieser Einschätzung. Vor dem Hintergrund einer „wirtschaftlichen Schiefelage“ des Konzerns sei die Anpassung zu Recht erfolgt. Auch unter dem Aspekt der Verhältnismäßigkeit sei sie den Mitarbeitern zuzumuten gewesen. Auf Anregung des Gerichts verständigten sich die Prozessparteien, einige typische Fälle für Pilotverfahren herauszugreifen. Ein frühere Verfahren im gleichen Kontext liegt bereits beim Bundesarbeitsgericht.

Schuldenabbau

Der IWF kritisiert vor allem die USA

Der Internationale Währungsfonds (IWF) fordert von reichen Staaten einen noch entschlosseneren Kampf gegen ihre hohe Verschuldung und nimmt dabei vor allem die USA in Visier. „Die meisten Industrienationen haben dieses Jahr ihre Defizite verringert, doch die Vereinigten Staaten haben die Anpassungen auf Eis gelegt“, heißt es im jüngsten IWF-Bericht zur Lage der internationalen Staatsfinanzen. Die Kritik richtet der IWF jedoch auch an andere Staaten der reichen Welt. Zwar planten die meisten dieses Jahr Etatsinschnitte. „Die Defizite bleiben allerdings groß, im Durchschnitt wird zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg die Verschuldung im Verhältnis zur Wirtschaftsleistung die Schwelle von 100 Prozent überschreiten, während der Finanzbedarf eine Rekordstand erreichen wird“, heißt es im Bericht. dpa

Impressum

Stuttgarter Zeitung
Verlagsgesellschaft mbH
Plieningen Str. 150, 70567 Stuttgart
Postfach 10 60 32, 70049 Stuttgart

Redaktion:
Chefredakteur: Joachim Dorfs
Stellvertretender Chefredakteur:
Michael Maurer
Mitglieder der Redaktion:
Rainer Pörtner, Matthias Schmidt,
Achim Wörner
Chef vom Dienst:
Matthias Schmidt
Art Director: Dirk Steining

Ressortleiter:
Politik: Rainer Pörtner; Die Dritte
Seite: Dieter Fuchs; Landespolitik/
Baden-Württemberg: Thomas
Breining; Wirtschaft: Michael Heller;
Stadt und Region Stuttgart: Achim
Wörner, Thomas Durchenwald;
Kultur: Tim Schleider; Sport: Peter
Stolterfoht; Wissenschaft:
Dr. Alexander Mäder; Redaktionelle
Koordination: Michael Maurer;
Online: Tobias Köhler
Berliner Redaktion: Armin Käfer

Leitende Redakteure:
Thomas Borgmann (Kommunal-
politik), Holger Gayer (Lokales),
Dr. Stefan Geiger (Politischer
Korrespondent), Michael Ohnewald
(Region), Rainer Ruf (Landespolitik),
Sibylle Thelen (Wochenendbeilage)

Anzeigen und Sonderthemen:
Stuttgarter Zeitung
Werbevermarktung GmbH
Plieningen Str. 150, 70567 Stuttgart

Postanschrift:
Anzeigenabteilung, Postfach

10 44 26, 70039 Stuttgart
Chiffrezuschriften: Postfach
10 44 27, 70039 Stuttgart
Sonderthemen: Postfach 10 44 21,
70039 Stuttgart
Anzeigenleitung: Bernhard H. Reese,
Anita Bensch (stv.)
Sonderthemen: Ulrich Bethscheider-
Kieser (Redaktion), Werner
Swoboda (Anzeigen)
Es gilt die Anzeigenpreisliste
Nr. 38 vom 1. 1. 2011.

Druck:
Pressehaus Stuttgart Druck GmbH,

Plieningen Str. 150, 70567 Stuttgart,
Postfach 10 38 23, 70033 Stuttgart
Wir verwenden Recycling-Papier und
sind nach DIN EN ISO 14001:2005
zertifiziert.

Leserservice: Stuttgarter Zeitung
Verlagsgesellschaft mbH,
Postfach 10 43 54, 70038 Stuttgart

Monatlicher Bezugspreis frei Haus
durch Zusteller oder bei Postzustellung
30,40 Euro (einschl. 7% MwSt.).

Portokosten für Reisenachsendungen
täglich: Inland 0,70 Euro, Aus-
land 1,90 Euro. Abbestellungen
sind bis zum 5. eines Monats auf
Monatsende schriftlich an den Le-
serservice des Verlags zu richten.
Bei einer zusammenhängenden
Bezugsunterbrechung von drei
Wochen wird der anteilige Bezugs-
preis zurückerstattet. Bei Nichter-
scheinen infolge höherer Gewalt,
Streik oder Aussperrung besteht
kein Anspruch auf Entschädigung.
Jeder Freitagausgabe – bei Feier-

tagen abweichend – liegt das Fern-
sehemagazin „rtv“ bei.

Sonntags wird Abonnenten im
Hauptverbreitungsgebiet die
7. Ausgabe „Sonntag Aktuell“
zugestellt. Bei Postbeziehen liegt
„Sonntag Aktuell“ der Montags-
ausgabe bei.

Die Stuttgarter Zeitung ist
amtliches Publikationsorgan
der Baden-Württembergischen
Wertpapierbörse